Wir Ostpreußen

Verlagspostamt Leer (Ostfriesl.) ● Einzelpreis 35 Pf. ● Im Abonnement 61 Pf einschließlich Zustellgebühr

Folge 15 Hamburg, 7. August 1950 / Verlagsort Leer (Ostfriesl.) Jahrgang 2

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Am Tag der Heimat wurde die folgende Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich verkündet:

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine

feierliche Erklärung

abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europa ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europa gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt.

Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.
2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste christliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Unsere Charta

6 .August

☐ All unser Fühlen, Denken und Wollen, das über den Alltag hinausgeht, kreist ständig um einen Mittelpunkt, um unsere verlorene Heimat. Ein besonderer Tag der Heimat, einer, den wir nur einmal im Jahr begehen, könnte deshalb manchem leicht als ein Unding erscheinen. Und doch hat er schon seinen Sinn. Denn in dieser Gegenwart, wo auch der einzelne Mensch an seinem Schicksal spürt, daß das Zusammenleben der Menschheit sich so gewaltig und mit solch rasender Schnelligkeit ändert wie nie zuvor in der Geschichte und wo deshalb Menschen und Völker sich gern mit einem Panzer der Unempfindlichkeit zu umgeben versuchen, um für sich noch einen Rest von Glück und Wohlbehagen zu retten, — in dieser Zeit genügt es nicht, daß wir Heimatvertriebenen von unserer großen Not wissen, da müssen wir schon von ihr sprechen, da müssen wir rufen, da müssen wir sogar schreien. Täten wir es nicht, wir würden einem Ertrinkenden gleichen, der mitten unter Badenden nicht um Hilfe zu rufen wagt. Wir würden dann auch sein Schicksal teilen, wir würden lautlos untergehen.

Der Tag der Heimat soll deshalb wie in einem Sprachrohr all das zusammenfassen, was wir zu sagen haben. Uns selbst zu sagen haben, dem Volk, dem wir angehören, den Mächten und Kräften, die uns in unser Schicksal gestoßen haben, den Völkern unseres Erdteils und den Völkern der Welt. Und es ist nicht vermessen, daß wir, ein Millionenheer von Geschlagenen und Entrechteten, verlangen, daß man uns hört.

Im vorigen Jahr begingen wir diesen Tag der Heimat zum ersten Mal. Es war ein Versuch, und schon wegen der schweren Bedingungen, unter denen wir leben, konnte er nicht überall in eindrucksvoller Form gestaltet werden. Auch in diesem Jahr wird das Bild, das äußerlich sichtbar war, nicht überall der Bedeutung des Tages entsprochen haben. Aber überall da, wo wir uns heute versammelten, hob sich über die Ansprachen, die Gedichte, die Gesänge klar und deutlich und weithin vernehmbar eine Stimme, eine einheitliche Stimme, mit der zwölf Millionen deutsche Heimatvertriebene zu der Welt sprachen: es wurde eine feierliche Erklärung verlesen, welche unsere erwählten Vertreter „nach reiflicher Ueberlegung und nach Prüfung ihres Wissens beschlossen haben". Es war die „Charta der Heimatvertriebenen". Vertreter der Landsmannschaften und des Zentralverbandes der heimatvertriebenen Deutschen waren im November 1949 in Göttingen übereingekommen, eine solche zu schaffen, und dieser Beschluß ist nunmehr verwirklicht worden.

Das Wort Charta hat bei uns keinen guten Klang. Es hat zwar in der Geschichte Europas so manche Charta, so manches Grundgesetz gegeben, wir aber denken, wenn wir dieses Wort hören, sofort an jene Atlantik-Charta, die der USA-Präsident Roosevelt und der britische Ministerpräsident Churchill im letzten Weltkrieg festlegten. In ihr wurde gesagt, daß alle Menschen, gleich welcher Nation oder Rasse, frei von Furcht und Not und Zwang leben sollen, und in ihr wurde auch gesagt, daß keine Gebietsveränderungen vorgenommen werden sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der betreffenden Völker übereinstimmen. Wir wissen, daß zahlreiche andere Staaten, zu denen auch die Sowjetunion und Polen gehören, sich zu diesem Inhalt der Atlantik-Charta bekannt haben. Wir wissen weiter, daß auch die Vereinten Nationen dieses fundamentale Recht in ihre Deklaration aufnahmen und daß Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung der Völker als vornehmsten Grundsatz aufstellt. Wir wissen aber nicht nur weiter, sondern wir haben es auch am eigenen Leibe erfahren, und wir erfahren es unter seelischen Qualen auch jetzt noch, daß dieser Grundsatz von denen, die ihn von neuem aufstellten und feierlich verkündeten, durch Gewalt in sein Gegenteil verkehrt worden ist. Man hat uns nicht nur das Recht vorenthalten, über uns selbst zu bestimmen, man hat uns darüber hinaus aus unserer angestammten Heimat vertrieben, und man hält uns weiter von ihr fern.

Die Atlantik-Charta war schon lange verkündet, 26 Nationen aus der ganzen Welt hatten sie auch schon in der Deklaration der Vereinten Nationen bestätigt, da beschloß man in Yalta, es war im Februar 1945, die Auslieferung des europäischen Ostens und seiner Völker an die Sowjetunion, da beschloß man weiter die Vertreibung aller Deutschen aus ihren angestammten Gebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie, aus dem böhmischen Raum und aus weiten Teilen des Donaubeckens. Trotzdem bekannte man sich wenige Monate später in der Charta der Vereinten Nationen wiederum zu dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker. Aber kaum war die Tinte, mit der die Unterschriften geleistet wurden, auf dem Papier trocken geworden, da schlug man diesem eben feierlich verkündeten Recht mit dem Abkommen von Potsdam von neuem ins Gesicht. Man besiegelte in Potsdam, was man in Yalta beschlossen hatte, und darüber hinaus gab man der Sowjetunion und den Polen unser ostdeutsches Land „zur Verwaltung".

Wenn feierliche Erklärungen auf so grausige Art „erfüllt" werden, dann wird man es vor allem den unmittelbar davon Betroffenen nicht verdenken können, wenn sie von Heuchelei sprechen und zu der Ansicht kommen, alle schönen Versprechungen dienten nur dazu, brutale Machtpolitik zu verschleiern. Aber so einfach waren die Vorgänge und Dinge nicht, und wir können sie nicht auf diese bequeme Formel zurückführen; es war in Wirklichkeit alles denn doch viel komplizierter. Damals, 1945, trübten die durch den Krieg aufgewühlten Leidenschaften der westlichen Welt den Blick, sie begünstigten Illusionen und falsche Vorstellungen, und vor allem lag ihr nicht die geschichtliche Erfahrung im Blut, daß ein fester Damm notwendig ist, wenn Europa nicht in einer Flut aus dem Osten ertrinken soll. So glaubte sie, etwas Gutes zu tun, wenn sie mit Hand anlegte, diesen Damm zu sprengen, und sie erschrak erst, als sie sah, in welche Gefahr sie dadurch selbst gekommen war. Jetzt weiß die westliche Welt, daß wir Heimatvertriebenen zwar die ersten Opfer dieses Dammbruches waren, keineswegs aber die letzten.

Das alles ist oft gesagt worden, und es hätte wenig Zweck, es in immer neuen Abwandlungen zu wiederholen, würde man damit lediglich Tatsachen feststellen wollen. Es hat auch wenig Sinn, immer wieder von der Schuld der „anderen" zu sprechen, etwa gar — wie es geschehen ist — zu sagen, die hätten das alles so herbeigeführt, nun sollten sie auch zusehen, wie sie damit fertig werden. Es war niemals rechte ostpreußische Art, so zu denken, und noch weniger, so zu handeln. Nein, wir müssen nach vorne schauen; wir müssen mit allen Kräften, die mit uns und in unserem Sinne arbeiten können und arbeiten wollen, der Gegenwart und der Zukunft das abzuringen versuchen, was wir von ihr verlangen und was sie uns geben kann.

Was das ist, und wie wir es erreichen wollen, das eben sagt jetzt unsere Charta. Wir sind in der Gesamtheit einen sehr schweren Weg gegangen, wir gehen ihn noch heute. Es wäre kein Wunder, wenn sich das auch auf unsere Haltung ausgewirkt hätte, wenn wir mit Gott und der Welt hadern würden, wenn in dem, was wir zu sagen hätten, unsere Unzufriedenheit zum Ausdruck käme, unsere Verbitterung, unsere Klage über die Eigensucht der anderen, über ihr schlafendes Gewissen. Es wäre verständlich, wenn wir nach Jahren vergeblichen Ringens um Recht und Gerechtigkeit nur Anklagen und Forderungen erhoben hätten. Nichts von alledem! Betrachtet man die Erklärung, dann

Die Versorgung der Kriegsopfer

Der Gesetzantrag über die Neuregelung der Kriegsopferversorgung ist dem Bundesrat zugegangen. Durch die Regelung, wenn sie Gesetzeskraft erlangen wird, werden rund 3,7 Millionen Menschen erfaßt werden. Die jährlichen Zahlungen erhöhen sich von bisher 2,2 auf etwa 3 Mrd. DM.

Vorgesehen sind eine Grundrente und eine Ausgleichsrente. Die Grundrente wird an alle Beschädigten und Hinterbliebene gezahlt werden, die Ausgleichsrente nur an Kriegsbeschädigte.

Die Kriegsbeschädigten erhalten folgende Sätze:

Minderung der Erwerbsfähigkeit	Grundrente	Ausgleichsrente
30 %	10,— DM	keine
40 %	15,— DM	keine
50 %	25,— DM	40,— DM
60 %	35,— DM	40,— DM
70 %	45,— DM	50,— DM
80 %	55,— DM	60,— DM
90 %	64,— DM	75,— DM
erwerbsunfähig	75,— DM	90,— DM

Außerdem werden für die Ehefrau bei 50 bis 60 %iger Erwerbsminderung des Ehemanns 10 DM, ab 70 v. H. 15 DM gezahlt. Kinder bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres erhalten dieselben Zuschläge wie die Ehefrau. Einkommen werden erst in Rechnung gestellt, wenn sie einen Freibetrag von 40 DM übersteigen. Im Falle von Arbeitseinkommen aus nicht selbständiger Arbeit wird der Freibetrag auf 60 DM erhöht. Außerdem wird für die Ehefrau und jedes Kind ein Freibetrag von 15 DM in Rechnung gestellt. Bei monatlichen Einkommen von 800 DM an wird auch die Grundrente nicht mehr ausgefolgt.

Witwen von Kriegern unter 40 Jahren (erwerbsfähig und kinderlos) sollen eine Grundrente von 20 DM erhalten. Erwerbsunfähige und kinderlose Witwen erhalten eine Grundrente von 40 DM. Neben dieser Grundrente von 40 DM erhält eine erwerbsfähige Witwe von 50 Jahren eine Ausgleichsrente von 30 DM. Witwen über 50 Jahren beziehen eine Grundrente von 40 DM und eine Ausgleichsrente von 50 DM. Für erwerbsunfähige Witwen gelten die gleichen Sätze.

Vollwaisen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres erhalten ebenfalls Renten: Grundrente 15 DM, Ausgleichsrente 45 DM, insgesamt 60 DM. Halbwaisen: Grundrente 10 DM und Ausgleichsrente 21 DM, insgesamt 31 DM.

wird man finden, daß sie auf einer Ebene steht, wie wir sie uns nicht höher stellen können. Der Geist unseres großen Kant wird oft berufen; hier ist er lebendig geworden. Denn es ist **ein Programm höchster sittlicher Forderungen**, das hier aufgestellt wird. Sie sind nicht mit flinker Feder hingeschrieben worden, sie sind vielmehr, das wissen wir und das spürt man aus jeder Zeile, reiflich überlegt, und sie sind von dem Bewußtsein tiefster Verantwortung getragen. Wir selbst sind es, an die wir zunächst Forderungen richten und von denen wir Verpflichtungen verlangen. Wir wollen, so wird feierlich erklärt, unermüdlich arbeiten an jedem Wiederaufbau, wo er sich uns auch stellen mag, und wir wollen mitarbeiten an der Schaffung eines geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und ohne Zwang leben können. Wir sind Opfer der Rache und imperialistischer Habgier geworden, aber wir wollen auf Rache nicht wieder mit dem Schrei nach Rache antworten. Wir wollen heraus aus dem tödlichen Kreislauf von Vergeltung und Wiedervergeltung.

Eins aber wollen wir, und darauf werden wir niemals verzichten: **Wir wollen unsere Heimat wieder!** Das Recht auf die Heimat, so wird in unserer Charta mit allem Nachdruck erklärt, ist eines der von Gott dem Menschen gegebenen Grundrechte. Es muß auch an uns verwirklicht werden. Das ist der Kernpunkt unserer Forderungen, an ihm ist nichts zu drehen und zu deuteln, und von ihm ist auch nichts abzuhandeln.

Wir leben inmitten der harten Wirklichkeit des Alltags und inmitten einer realen Welt. Wir sind nicht nur ohne Heimat, wir stehen auch unter minderem Recht. Wir haben die schwerste Last des verlorenen Krieges zu tragen, und langsam, aber sicher, erdrückt sie uns. Könnte an unserer Lage wirklich nichts geändert werden, wir müßten uns in unser Schicksal fügen. Aber wir wissen, wie schreiend groß die soziale Ungerechtigkeit innerhalb unseres deutschen Volkes ist. Weite Kreise wollen sich immer noch nicht danach richten, daß wir alle in einem Boot sitzen, in einem lecken und armseligen, und daß wir alle uns entsprechend zu verhalten haben. Und es gibt auch Handlungen der Bundesregierung und des Bundestages, die auf uns Heimatvertriebenen wie blutiger Hohn wirken. Man baut, um nur eines zu nennen, nicht ein neues Europa, indem man sich für Straßburg für jeden einzelnen Tag als Spesen eine Summe bewilligt, von der eine heimatvertriebene Familie einen ganzen Monat leben muß. Verschwendungssucht ist das denkbar ungeeignetste Mittel, uns davon zu überzeugen, daß man nicht mehr für uns tun könne.

So sehr also bittere und harte Kritik geübt werden könnte an der Art, wie man bisher unsere Frage zu „lösen" versuchte, so hält unsere Charta mit Recht sich von jeder Polemik fern. Sie verlangt, daß man innerhalb unseres Volkes uns gegenüber das übt, was das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von den anderen fordert: Gerechtigkeit. Das bedeutet keine Kampfansage. Wir wollen nicht einen tiefen Graben, über den kein Weg mehr herüberführt, wir wollen nicht eine trennende Mauer, wir wollen vielmehr, wie es in der Charta heißt, „in neuen geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken."

Es mag so manchen unter uns geben, der, nach vielen Enttäuschungen und in Not und Elend lebend, nun meint, auch solch eine Charta habe ja doch keinen Zweck, man müsse einen ganz anderen Ton anschlagen. Aber es gibt keinen anderen Weg für uns als den, den diese unsere Erklärung zeigt. Wohin eine Politik führt, die sich auf die Macht stützt, das hat die Geschichte mehr als einmal gezeigt, und das haben wir zudem noch aus eigenem Erleben erfahren können. Brutale Macht war es auch, die uns aus unserer Heimat vertrieb. Und wenn wir sie verdammen, dann nicht, weil wir nicht die Mittel besitzen, sie auszuüben und diesen Mangel nun als moralisches Steckenpferd aufzäumen wollen, bis sich in Zukunft wieder die Gelegenheit bietet, die Rollen zu tauschen, — nein, es ist das „moralische Gesetz in uns", das nach Recht und Gerechtigkeit verlangt und das uns sagt, daß sie allein siegen dürfen und siegen werden.

Es sind hohe Anforderungen, welche die Charta stellt. Der Geist, der durch sie geht, ist der, in dem die edelsten Menschen gelebt, für den sie gestritten und für den viele von ihnen gelitten haben. Es ist der Geist, der den Menschen an der Menschheit selbst nicht verzweifeln und der dieses Leben überhaupt erst ertragen läßt. Wer von ihm erfüllt ist, der wird deshalb nicht untauglich für den Alltag und nicht wirklichkeitsfremd, wohl aber hat er ein Ziel, für das es lohnt zu leben und zu kämpfen. Einer der größten Dichter, die in unserer Sprache geschrieben haben, der Schweizer Gottfried Keller, hat diesen Glauben an den Sieg des Rechtes auch in den Beziehungen der Völker und an einen Völkerfrühling sehr schön in einem Gedicht ausgedrückt, und wir können diese unsere Betrachtung über unsere Charta nicht besser schließen, als daß wir es hier wiedergeben:

Es wandert eine schöne Sage
Wie Veilchenduft auf Erden um,
Wie sehnend eine Liebesklage
Geht sie bei Tag und Nacht herum.

Das ist das Lied vom Völkerfrieden
Und von der Menschheit letztem Glück,
Von goldner Zeit, die einst hinnieden,
Der Traum als Wahrheit kehrt zurück.

Wo einig alle Völker beten
Zum **einen** König, Gott und Hirt.
Von jenem Tag, wo den Propheten
Ihr leuchtend Recht gesprochen wird.

Dann wird's nur eine Schmach noch geben,
Nur eine Sünde in der Welt:
Des Eigen-Neides Widerstreben,
Der es für Traum und Wahnsinn hält.

Wer jene Hoffnung gab verloren
Und böslich sie verloren gab,
Der wäre besser ungeboren:
Denn lebend wohnt er schon im Grab.

„Wir Ostpreußen" stellt sein Erscheinen ein

Wie der Sequester von „Wir Ostpreußen", Herr Walter Ostermann, Hannover, der Druckerei Rautenberg & Möckel in Leer mitteilt, stellt „Wir Ostpreußen" sein Erscheinen ein, da die Unkosten höher werden als die Einnahmen. Die vorliegende Nummer ist die vorletzte; die letzte Nummer wird mit dem Datum vom 20. August erscheinen. Für September kann „Wir Ostpreußen" also nicht mehr bestellt werden. Den bisherigen Beziehern von „Wir Ostpreußen" wird anheimgestellt, fortan das „Ostpreußenblatt" zu beziehen, das seit dem 1. April d. J. das einzige Organ der Landsmannschaft Ostpreußen ist. Es kann für 61 Pf. monatlich — einschließlich Bestellgeld — bei jeder Postanstalt bestellt werden.

Dankeschön, Mohrchen . . . !

Drei Jahre lang schlug ich mich unter der Russenherrschaft in Königsberg als Kuhhirt durch ein dornenvolles Dasein. Meine Herde bestand aus einigen Kälbern, vier Kühen und ihrem männlichen Haushaltungsvorstand, der auf den Namen „Jonathan" hörte, und ich hütete sie auf einem wüsten Stück Land, wo allerlei Ueberbleibsel aus der Kriegszeit, Autoteile, Maschinenreste, zerbrochene Badewannen und dergleichen herumlagen und langsam verrosteten. In der Nähe lagen große Kasernen, deren „Stoffwechsel" ebenfalls hier abgeladen wurde.

Es war September geworden. Die Kasernen hatten schon Kartoffeln erhalten, und jeden Abend leuchteten die Feuer, an denen sich die russischen Soldaten ihre — natürlich geklauten — Kartoffeln abkochten. Neiderfüllt sahen wir zu. Bei uns reichte die Löhnung kaum zu Kartoffeln für eine Sonntagsmahlzeit, und gerade diesmal reichte sie nicht . . . Kurz nachdem ich nun morgens meine Herde ausgejagt hatte, fiel mir auf, daß meine kleine schwarze Kuh, die ich „Mohrchen" getauft hatte, genießerisch, mit weit vorgestrecktem Halse, etwas fraß, dann mit der Schnauze unter ein geborstenes Autochassis langte und erneut irgend etwas hervorholte, was für sie eine große Delikatesse zu sein schien. Was kann denn unter dem alten Kasten wachsen, was ihr dermaßen gut schmeckt, fragte ich mich, und ich ging näher heran. Wieder fuhr Mohrchen unter den Kasten, und nun langte ich selbst hin. Fast sprang ich vor Freude in die Höhe. Was ich in der Hand hielt, waren . . . Kartoffeln, und was Mohrchen entdeckt hatte, war eine . . . „Speisekammer", die sie mit ihrer vorzüglichen Nase, wert eines Jagdhundes, aufgespürt hatte. Fünf Kilo konnte ich nach Hause tragen. (Mohrchen bekam noch eine extra große als Belohnung.) Die Sonntagsmahlzeit war gesichert.

Sand aus Neringas Schürze / Von Bernhard Zebrowski

Aus einer kleinen Schachtel, die Jahr und Tag vergessen hinten im Schrank gelegen hat, rieselt eine kleine Handvoll Sand. Und mit dem Sand — Erinnerung . . . Immer noch hast du im Ohr das leise, fragende „U—a? U—a?" der Elche; im Ohr noch das hauchfeine Sirren und Flirren des gelben Sandes, den der Wind über die hohe Düne peitscht; im Ohr noch das geschäftige Plätschern des Kurischen Haffs und das herrlich ungeduldige Brausen der See; im Ohr auch noch die warme Stille, die die hohe Sonne in den Dünen zwischen schilfigem Gras und Krüppelgehölz erbrütet. So sitzest du nun, ein Weh im Herzen, so weit, so weit, und hörst doch nichts anderes als „U—a? U—a?"

So war es.

Kamst als ein Gast nur auf die Nehrung. Und wurdest ein Grübler und Sucher. Wußtest nicht, wo du sie anpacken solltest, diese Landschaft. Saßest gemächlich am sandigen Rand des gemütlichen Haffs und schautest zu, wie die kleinen Plätscherwellen dunkelgrüne Tintenbrühe auf den gelben Sand spülten und die „Blüte", die Myriaden winzigster Grünteilchen, zu einer Kruste schichteten, die in der Sonne trockneten zum schillernden Blau der großen, taumelnden Schmetterlinge, wie du sie als Junge im tropischen Urwald einst zu Dutzenden und Hunderten fingst. Drehtest dich um, erschrakst! Da kam es auf dich zu, ungeheuer, beängstigend, kalt, fühllos, himmelhoch, totlebend, rieselnd, sirrend, flirrend, gelb, gelb, erbarmungslos gelb, unaufhaltsam gelb, uneindämmbar gelb — die Wanderdüne! Eine Walze ohne Gnade kriecht von hinten auf dich zu, bannt dich, macht dich reglos, kannst nicht einmal schreien, so wälzt es sich auf dich zu, erdrückt dir das Herz, erstickt dir den Mut. Sie kommt auf dich zu, die bergehoch aufgetürmte, gelbe Ewigkeit. Lange dauert's, bis du lachen kannst. Wenige Meter wandert die Wanderdüne alljährlich haffwärts. Wenige Meter im Jahr wandert die Ewigkeit. Hast ja Zeit, Mensch, vor der Ewigkeit . . .

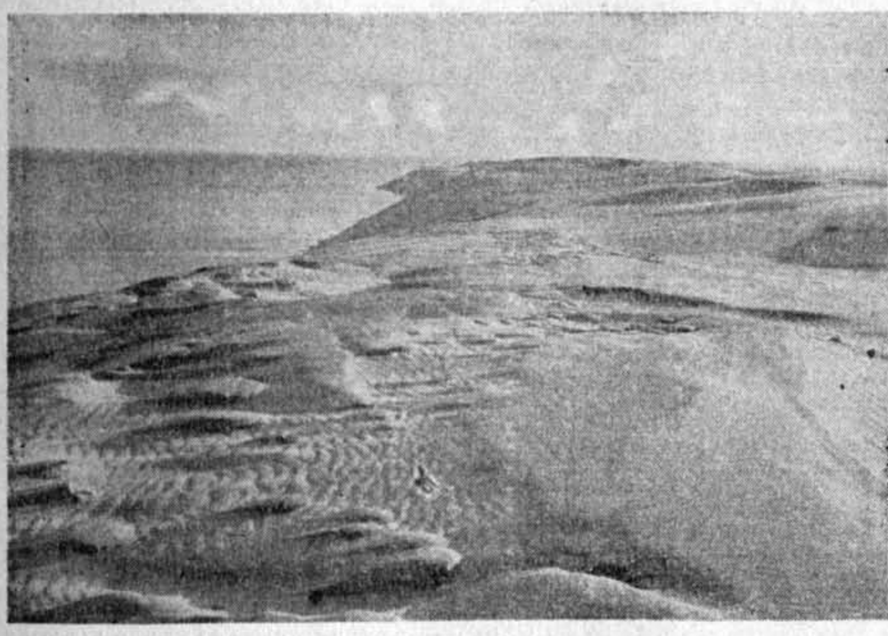


Foto: Hellmuth Wegener

Auf den Wanderdünen der Kurischen Nehrung



Im Hochwald des Nehrungsdorfes Schwarzort

Hast du Zeit? Dort drüben lockt dich die grüne Kuppe des Angiu Kalns. Ein Hügelchen, bestanden mit niederem, grünem Nadelzeug. Grundlose Sandpfade führen hinauf. Auf das „Hügelchen" Angiu Kalns. Bist du oben, schöpf erst mal Luft, denn du bist sechzig Meter gestiegen. Und blickst nun weit umher. Ueber die Nehrung, über das Haff, über die See hin. Im Süden, nach Rossitten zu, hängen über der Wanderdüne die Silbervögel der Segelflieger in der flimmernden Sonnenluft, die harzig glastend emporsteigt und die Silbervögel trägt.

Stundenlang kannst du zuhören, was die Fischer erzählen. Von Aalschnüren erzählen sie, von den Preisen für die Stinte, von der Eisfischerei im Winter, von allem, was sie Tag um Tag und Nacht um Nacht und Jahr um Jahr draußen auf dem Haff unter dem winkenden bunten Kurenwimpel leben und erleben im Kampf um ihr hartes Brot.

Und sie erzählen von Häusern, in denen es nächtens trementert. Große Gelehrte sind gekommen, Professoren sogar, um dem Spuk auf den Grund zu kommen, aber es hat immer weiter trementert und immer noch toller. Sie erzählen von einer Stelle, an der kein Pferd vorbeigeht. Drisch ihm das Kreuz ein, es geht doch nicht vorbei! Etwas Grausiges, Böses muß an dieser Stelle einmal geschehen sein, sonst würden die Pferde doch ruhig da vorbeigehen, stimmt's? Sie erzählen von einem Hügel, auf dem liegt ein großer Stein aus der Heidenzeit. Wer ihn anrührt, wird wie durch Zauber immer wieder an den Fuß des Hügels zurückversetzt. Das ist so wahrhaftig wahr, wie daß das Riesenmädchen Neringa aus seiner Schürze Sand in die See streute, damit die hilflos im Wasser treibenden Fischer sich retten konnten. So entstand die Nehrung. Sand aus Neringas Schürze.

Jetzt steigst du hinauf zu dem kleinen Friedhof. Besiehst die verwitterten Kreuze. Sie sind aus dem gleichen Holz wie die pechschwarzen Kurenkähne, die — mit den kunstvoll geschnitzten bunten Wimpeln am überhohen Mast — aufgereiht am Ufer des Haffs liegen. Windschief stehen die Kreuze zu Häupten blumenüberschütteter Grabhügel. Ruhig und fröhlich ist dieser kleine Friedhof. Es gibt kein Gestern und kein Morgen hier. Es gibt keinen Tod auf der Nehrung. Und wenn sie alle, die du gekannt hast, hier liegen werden unter Holzkreuzen und Blumen, wird immer noch heute sein.

Die gelbe, majestätische Ewigkeit wandert, sie wandert Schritt für Schritt, ohne Gestern, ohne Morgen. Die hier liegen, sind nicht tot. Lies die Namen auf den Holzkreuzen. Lies: Peleikis, Pippis, Roespel, Schekahn, Sakuth — es sind die Namen der Greise, Männer, Frauen, Kinder, denen du eben die Hand gabst.

„Das Haffleben ist gut, alles Böse kommt von der See . . ." Ist es wahr?

Am Haffrand liegen die schwarzen Kurenkähne, die die Fracht der aus dem Haff gezogenen Nahrung hereinbringen. Fische ungezählter Arten und Namen. Am Haffstrand stehen im Windschutz die kleinen Fischerhäuser, in langer Zeile von Haken bis Purwin; das kurische Blau ist ihr leuchtender Schmuck, lustig im Zusammenklang mit den goldgelben Köpfen der Sonnenblumen, dem Rot und Weiß der Dahlien in den Gärten. Kein einziges Haus getraut sich, auf die See zu blicken. Die liegt im Rücken, hinter der Höhe, dem Auge verborgen und möglichst auch dem Denken.

Das Leben ist dem Haff zugewandt. „Das Haffchen ist gut, alles Böse kommt von der See . . ." Ueber das Haffchen kommt der Marktdampfer aus Memel. Ueber dem Haffchen geht die Sonne auf, die warme, gute; die böse See aber verschluckt sie zur Nacht. Die Bäume alle im Wald, die ganze Pflanzenwelt, sogar die unzähligen wilden Stiefmütterchen wenden ihre Gesichter dem Haff zu, selbst diejenigen unter ihnen tun es, die nie hoch genug wachsen können, um über die Höhe hinüberzuschauen.

Ja, das Haffchen ist gut . . .

Der Strand ruft dich, die See. Durch den hohen Wald, über weichen, pilzdurchbrochenen Moosteppich gelangst du ins breite Dünengelände, wo gelb die Immortellen blühen. Stehst am Strand. Die Kleider in den Sand geworfen, und ins Wasser! Aber die Ostsee, anderwärts so freundlich und sanft, fällt dich wütend an. Wirft dir faustgroße Steine an den Kopf und ins Kreuz, reißt dir den Boden unter den Füßen weg, will dich hinauszerren und auf den steinigen Strand schmettern zugleich. Befremdet, gekränkt flüchtest du in die Wärme der Dünen, wo schwarz-weiße Kühe dürftige Pflänzchen rupfen und mit ihrem suchenden, unerlösten „Uuuuuuuu-öh!" in tiefem, zerrissenem Baß ein Leid klagen, das niemand und sie selbst am wenigsten je ergründen werden.

Nie kommst du zur Ruhe hier. Es lockt dich der Wald, es lockt die Höhe des Leuchtturmes, es locken Strand und See, es lockt die unirdische Wüstenei der Wanderdünen, es lockt die saftige, strotzende Lieblichkeit des Elchreviers, es lockt die steppige Oede am Bullwikschen Berg, es lockt die verzauberte Entrücktheit des Alleinseins auf dem Grabster Haken — wo du auch bist, es lockt dich ein Sehnen. Du willst die Sonne glutgolden in die See sinken sehen, du willst sehen, wie das Schilf am Haffstrand im kaltsilbernen Mondlicht wabert. Du willst das nachtschwarze Wasser gegen die Buhnen glucksen hören, willst im Morgenwind den gelben Sand der rastlosen Wanderdüne sirren hören, willst hören, wie der Elch mit seinem leisen, fragend quakenden „U-a?" bedächtig Witterung nimmt Du willst —

*

So war es . . .

Erinnerung rieselt mit der kleinen Handvoll Sand aus der Schachtel, die Jahr und Tag vergessen hinten im Schrank lag.

Sand aus Neringas Schürze . . .

Ostpreußen-Gedenktage im Monat Juli

Der Juli brachte u. a. folgende ostpreußische Gedenktage:

1. 7. 1396: Rüdiger von Elner in Tuchel gest. (geb. um 1330, 1370 Ordensmarschall, 1374 Großkomtur; Litauerreisen; Kolonisator um Gerdauen und Tuchel). — 1. 7. 1537: Mauritius Ferber in Heilsberg gest. (geb. 1471 in Danzig, 1523—37 Bischof von Ermland, Gegner der Reformation, Wiederaufbau des schwer heimgesuchten Ermlandes durch sorgfältige und sparsame Verwaltung). — 2. 7. 1835: Johannes Heydeck in Sakuten bei Prökuls geb. (Prof. an der Kunstakademie. Gemälde in der alten Univ.-Aula und im Insterburger Gymnasium-Odyssee, gest. 1910 in Königsberg). — 2. 7. 1901: Heinrich Krüger in Rossitten, Kurische Nehrung, gest. (geb. 1863 in Gumbinnen; Tiermaler, Nehrungsbilder). — 5. 7. 1296: Konrad von Feuchtwangen in Prag gest. (1279 Landmeister von Livland und Preußen, 1290—97 Hochmeister des Deutschen Ordens, Einrichtung der Domkapitel). — 6. 7. 1741: Friedrich Alexander Burggraf und Graf zu Dohna in Königsberg geb., gest. 1810 zu Finckenstein, und 9. 7. 1838: Karl Ludwig Alexander zu Dohna-Schlodien in Schlodien gest., geb. ebda 1758 (aus philantropischen Idealen vorbildliche Verwaltung des Großgrundbesitzes und Förderung des ländlichen Schulwesens, Bauernbefreiung und Anlage neuer Bauerndörfer, „Randnitzer Bauern"; Gegner der Hardenbergschen Bauernbefreiung). — 6. 7. 1869: George Wilh. Haertel in Elbing gest. (geb. ebda 1796, Mitbegründer des Elbinger Theaters und des Seebades Kahlberg 1842. Verdienste um Elbing und die Ostbahn). — 7. 7. 1762: Joh. Georg Bock in Königsberg gest. (geb. ebda 1698, Sammler ostpreußischer Provinzialismen). —7. 7. 1932: Karl Adolf Hans von Hassell in Königsberg gest. (geb. 1872, führt nach dem Ersten Weltkrieg den Heimatbund Ostpreußen, der die Provinz dem Reich erhält. — 8. 7. 1604: Heinrich Albert in Lobenstein/Thür. geboren. (In seiner „Kürbislaube" am Pregel tagte der „Königsberger Dichterkreis" mit Simon Dach u. a. Pflege der Musik nach italienischem Vorbild; 1651 in Königsberg gest.). — 9. 7. 1807: Friede zu Tilsit — Preußen verliert seinen Besitz westlich der Elbe.

11. 7. 1920: Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen.

12. 7. 1914: Paul Frommer in Königsberg gest. (geb. ebda 1867. Sommerkonzerte im Tiergarten. Mit seinem Tode endet eine bedeutsame Epoche der Königsberger Oper). — 13. 7. 1260: An der Durbe gef. Burchard von Hornhausen (1255 der 1. Komtur von Königsberg, 1257 Meister von Livland) und Heinrich Botel (geb. ?, Ordensmarschall mit großem Einfluß). — 13. 7. 1917: Gust. Aug. Jacobson in Königsberg gest. (geb. 1861 in Fürstenau Kr. Elbing, hatte einen besonderen Ruf als Pferde- und Viehzüchter; Muster hochentwickelter Landwirtschaft im Werder). — 15. 7. 1301: Heinrich Fleming gest. (geb. um 1230, 1279—1300 Bischof von Ermland, gab 1284 Braunsberg die Handfeste und gründete die Kathedrale in Frauenburg). — 15. 7. 1410: Schlacht bei Tannenberg. — Nach anfänglichem Vorteil Niederlage des Deutschen Ordens gegenüber dem vereinigten Polen-Litauen; seitdem Niedergang des Ordensstaates; die größte Schlacht des Mittelalters; Hochmeister Ulrich von Jungingen mit über 200 seiner Gebietiger und Brüder gefallen. — U. v. Jungingen (geb. um 1360, 1393 Ordensvogt im Samland, 1396 Komtur v. Balga, 1404 Ordensmarschall, 1407 Nachf. seines Bruders Konrad v. J. im Hochmeisteramt). Ebda Kuno von Lichtenstein gef. (geb. um 1360 in Franken, 1389 Vogt im Samland, 1392 Komtur von Ragnit, 1396 von Mewe, 1399 von Brandenburg, 1402 Spittler, 1404 Großkomtur). Ebda Wilhelm von Helfenstein gef. (geb. ?, Großkomtur, Anteil am Vertrag von Sallinwerder). — 18. 7. 1891: Julius Gregorovius gest. (geb. 1819 in Tapiau, Oberst, Bruder von Ferdinand G., historische Arbeiten über seine Vaterstadt Neidenburg). — 19. 7. 1766: Joh. Dan. Hoffmann in Elbing gest. (geb. 1701 in Thorn, Prof. in Thorn und Elbing. Arbeiten zur Landes- und spez. Ordensgeschichte, zur polnischen Sprache und zum Buchdruck in Polen). — 21. 7. 1858: Franz Heinr. Lovis (Louis) Corinth in Tapiau geb. (gehört zu den bedeutendsten Malern des Impressionismus, außerordentliche Farbenwirkung seiner Porträts, Malschule in Berlin, Prof., Dr. h. c. der Albertina in Zandvoort/Holland am 17. 7. 1925 gest.). — 22. 7. 1380: Günther Graf von Honstein in Brandenburg/Pr. gest. (geb. um 1310, 1344 Komtur von Schwetz, 1349 von Osterode, erbaut dort die Burg, kolonisiert das Gebiet und begründet die Stadt Hohenstein). — 22. 7. 1784: Friedr. Wilh. Bessel geb. (Wilh. v. Humboldt berief ihn 1809 an die Albertina zum Bau der Sternwarte; grundlegende Arbeiten zur Astronomie, Geodäsie und Geophysik — preußische Landesvermessung, 1846 in Königsberg gest.). — 22. 7. 1910: Max Beheim-Schwarzbach gest. (geb. 1839, Schulmann, Dramen, Volksliedforschung; bahnbrechende Arbeiten zur Ostkolonisation). — 23. 7. 1786: Eduard von Flottwell in Insterburg geb. (s. Ostpr. Gedenktage, Mai; gest. 1865). — 23. 7. 23. 7. 1811: Guillaume René d l'Homme seigneur de Courbière in Graudenz gest. (geb. 1733 in Maestricht, aus holländischen in preußische Dienste, zuletzt Generalfeldmarschall und Generalgouverneur von Westpreußen; 1807 heldenhafte Verteidigung von Graudenz). — 25. 7. 1757: Hans Jakob von Auerswald in Plauth/Westpr. geb. (in den höchsten Verwaltungsstellen West- und Ostpreußens, Zusammenarbeit mit dem Reichsfreiherrn vom Stein die Bauernbefreiung betr., geschickte Politik gegenüber Frankreich in der Zeit von Yorcks Tauroggen-Convention, Schwiegervater Theodors von Schön, Freundschaft mit Kants, Nachf. Chr. Jak. Kraus, gest. 1833 in Königsberg). — 26. 7. 1908: G. A. B. Ellendt in Königsberg gest. (geb. ebda 1840, bedeutender Geschichtslehrer, 1891 Direktor des Fridericianums [dort Cauer-Büste]). — 27. 7. 1753: Christian Jakob Kraus in Osterode geb. (Freund und Nachf. Kants, Einfluß seiner Lehren auf den Wiederaufstieg Preußens, gest. 1807 in Königsberg). — 27. 7. 1890: George Aug. Grunau in Elbing gest. (geb. ebda 1820, baut auf der Elbinger Schichauwerft 1854 den ersten eisernen Seeschraubendampfer „Borussia" in Preußen, eröffnet 1861 die Schiffahrt auf dem Oberländischen Kanal und verbindet 1866 Elbing mit den wichtigsten Ostseehäfen). — 29. 7. 1605: Simon Dach in Memel geb. (s. Ostpr. Gedenktage, April; 19. 4. 1659 in Königsberg gest.). — 29. 7. 1917: Ernst Bischoff-Culm in Frankreich gef. (geb. 1870 in Kulm, Maler der Kurischen Nehrung, Nidden-Motive). — 30. 7. 1355: Johannes von Belgern in Heilsberg gest. (geb. in Belgern um 1300, 1350—55 Bischof von Ermland, Kolonisation des Bistums, Burgenbau in Rößel und Seeburg, sowie Schloßbau in Heilsberg). — 30. 7. 1773: Aug. Wilh. Heidemann in Stargard/Pomm. geb. (1810 Oberbürgermeister von Königsberg, Höhepunkt seines Wirkens in Zusammenhang mit Yorcks Tauroggen-Convention, 1813 in Königsberg gest.).

Was wird aus unseren Sparguthaben?

Von sachverständiger Seite wird zu der Frage der Umwertung der Bank- und Sparguthaben von uns Heimatvertriebenen folgendes dargelegt:

Durch Gesetzgebung ist in Westdeutschland eine Umwertung aller Bank- und Sparkonten bei den in Westdeutschland beheimateten Geldinstituten erfolgt, wobei die Konten mit 6,5 % umgerechnet worden sind. Die Kontoinhaber erhalten also für 100,— Reichsmark 6,50 D-Mark. Das Umstellungsgesetz macht dabei keinen Unterschied zwischen den vor Kriegsausbruch wirklich ersparten Geldern und den durch Schwarzmarktgeschäfte in der Zeit von 1945 bis 1948 mühelos erworbenen Vermögen. Es läßt ganz außer acht die Guthaben der Ostvertriebenen bei ihren heimischen Banken und Sparkassen. Die Altsparer im Bundesgebiet laufen nun Sturm gegen die unterschiedslose Behandlung der vor und nach 1939 erworbenen Sparguthaben und sind durch Eingaben bei der Bundesregierung vorstellig geworden, ihre Guthaben auf 15—20 % aufzuwerten. So selbstverständlich dieses Verlangen auch ist, so stehen wir Ostvertriebenen jedoch auf dem Standpunkt, daß man zuvor das sehr viel größere an uns begangene Unrecht beseitigen und unsere Ansprüche aus Guthaben bei unseren heimischen Instituten zunächst einmal in gleicher Weise befriedigen müßte, wie die Ansprüche der Sparer in Westdeutschland. Die Bundesregierung steht leider auf dem Standpunkt, daß diese Frage, ebenso wie die unserer sonstigen Schadensansprüche, durch den endgültigen Lastenausgleich geregelt werden müßte.

Während also die Bundesregierung bisher in der Frage unserer Sparguthaben nichts unternommen hat, ist die Ostzonenregierung „sehr bemüht", uns zu helfen. Sie hat eine Verordnung erlassen, wonach Guthaben, die am 8. 5. 45 bei einem Geldinstitut mit Sitz in der sowjetisch besetzten Zone oder mit Sitz in dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie bestanden, zur Umwertung angemeldet werden können mit Ausnahme der Guthaben bei den wenigen Banken, die inzwischen als nach Westdeutschland verlagert anerkannt worden sind. (Diese unterliegen der westdeutschen Regelung.) Die Anmeldung hat bei der Bankenkommission Berlin W 8, Taubenstr. (russ. Sektor) bis zum 31. 12. 50 zu erfolgen. Der Antragsteller muß seine Unterschrift auf dem Antrag durch eine zur Führung eines Dienstsiegels berechtigte Behörde beglaubigen lassen und dem Antrag **die Beweisstücke (Sparbücher usw.) beifügen.** Es spielt dabei keine Rolle, ob der Antragsteller in Westdeutschland, Ostdeutschland oder Berlin seinen Wohnsitz hat. Die Umstellung der Guthaben erfolgt 10 : 1 in DM-Ost. Der umgewertete Betrag wird jedoch nicht ausgezahlt. Die Bewohner der Ostzone und Ost-Berlins erhalten in Höhe des umgewerteten Betrages Schuldverschreibungen, die mit 3 % verzinst und in 25 gleichen Jahresraten ab 1959 getilgt werden. Bewohnern in Westdeutschland oder West-Berlin wird der umgewertete Betrag in DM-Ost auf Sperrkonto gutgeschrieben und nur für bestimmte Zahlungen in der Ostzone freigegeben. Bei Guthaben über 3000,— RM behält die Bankenkommission sich vor, sich die Herkunft der Guthaben nachweisen zu lassen. Eiserne Sparkonten werden nicht umgestellt, ebenso nicht die Guthaben von Nazi- und Kriegsverbrechern.

Bei dieser Sachlage werden Bewohner der Bundesrepublik sich kaum zu einer Anmeldung ihrer Guthaben entschließen können. Auf jeden Fall empfiehlt es sich, damit noch zu warten (Endtermin 31. 12. 50), da damit gerechnet werden kann, daß die nächsten Monate eine Klärung über den endgültigen Lastenausgleich bringen werden.

*

Soweit die Darstellung. Aus ihr geht hervor, daß die Bewohner der westlichen Zonen an den „Vorteilen" der „Altguthaben-Ablösungs-Anleihe" in der sowjetisch besetzten Zone nicht teilnehmen, ihr umgewerteter Betrag wird vielmehr in DM-Ost auf Sperrkonto geschrieben. Hundert Mark der Forderung werden also zunächst 10,— DM-Ost abgewertet. Bei dem Stande der Ostmark zur Westmark von etwa 6 : 1 heißt das also, daß diese 10,— DM-Ost etwa 1,65 DM West betragen. Für 1000,— Mark der Forderung soll es also 16,50 DM-West geben; aber auch dieser geringe Betrag wird, wie gesagt, nicht ausgezahlt, sondern in der sowjetisch besetzten Zone auf Sperrkonto geschrieben.

Um nun diese außerordentlich bescheidene Umwertung überhaupt zu erreichen, sind die in der obigen Darstellung dargelegten Formalitäten nötig, vor allem müssen die Beweisstücke (Sparbücher usw) an die im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin befindliche Bankenkommission eingesandt, also aus der Hand gegeben werden. Wie es heißt, sollen die Sparbücher nach Abstempelung zurückgesandt werden. Sind die Bücher aber abgestempelt, dann ist es fraglich, ob diese Guthaben auch in den westlichen Zonen umgewertet werden, falls hier einmal eine entsprechende Regelung erfolgt; denn eine doppelte Umwertung — eine in der sowjetisch besetzten Zone und eine in den westlichen Zonen — dürfte doch kaum vorgenommen werden.

Wer aber trotz der wenig günstigen Lage seine Sparbücher usw. an die Bankenkommission nach Berlin einsenden will, kann damit immer noch warten, etwa bis zum November, denn die Frist zur Einsendung läuft erst am 31. 12. 1950 ab.

Sollen die Trakehner Pferde aussterben?

Das Bundesfinanzministerium kann angeblich keine Mittel zur Verfügung stellen

Oberlandstallmeister Dr. h. c. Gustav Rau, der Leiter der Zentralkommission für Leistungsprüfungen von Warm- und Kaltblutpferden und Vorsitzender des Deutschen Olympiade-Komitees für Reiterei, hat es als Ehrenaufgabe sämtlicher westdeutschen Stellen bezeichnet, alles zu tun, um die Reste der berühmten ostpreußischen Warmblutzucht Trakehner Abstammung, die sich in die Bundesrepublik retten konnte, zu erhalten.

Der Verband der Züchter des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung hat es sich zur Aufgabe gestellt, einerseits die Reste der weltberühmten ostpreußischen Zucht im Bundesgebiet wieder zu sammeln, und andererseits sämtliche Maßnahmen zu treffen, um das wertvolle Blut der ostpreußischen Warmblutzucht Trakehner Abstammung zu erhalten. Der Jahresbericht 1949 besagt, daß dieser Verband 544 Mitglieder mit 59 Hengsten und 776 eingetragenen Mutterstuten, fast ausschließlich im Treck auf das härteste erprobt, wieder zusammenfassen konnte. Zu dem Kernbestand kommt noch der Nachwuchs. Da eine Reihe von Züchtern aus wirtschaftlicher Not ihr gutes Zuchtmaterial nicht mehr halten konnten, ist der Verband dazu übergegangen, von diesen Pferdebesitzern die Pferde auf Verbandskosten aufzukaufen. Nach dem Jahresbericht besaß der Verband acht Hengste, dreißig Stuten, neun Zweijährige, siebzehn Jährlinge, die in gemeinsamen Zuchtstätten Hunnesrück (Niedersachsen), Schmoel und Rantzau (Schleswig-Holstein) und in Mansbach (Hessen) zusammengezogen sind.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Bundesrat haben im Einverständnis mit den Ländervertretungen dem Ernährungsausschuß des Bundestages die Unterstützung der ostpreußischen Pferdezucht im Bundesgebiet mehrmals empfohlen. Die beabsichtigte Zusammenfassung der Reste der ostpreußischen Warmblutzucht Trakehner Abstammung auf einer hessischen Staatsdomäne ist bisher immer wieder an der Finanzierungsfrage gescheitert. Das Bundesfinanzministerium soll keine Möglichkeiten sehen, die für die Unterstützung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die zunehmende Not der früheren ostpreußischen Züchter zwingt in erhöhtem Maße diese Pferdebesitzer, ihre Pferde abzustoßen. Der Verband der Züchter des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung ist bei den gegebenen Verhältnissen nicht in der Lage, weitere Aufkäufe vorzunehmen und trägt sich daher mit dem Gedanken, einen großen Teil der Trakehner Pferde ins Ausland zu verkaufen.

Bei der Frankfurter DLG-Ausstellung verhandelten Vertreter der polnischen Regierung über den Ankauf von zunächst hundert Zuchtstuten Trakehner Abstammung. Trotz aller Bestrebungen, die Zucht zu erhalten, wird sich der Verband dazu entschließen müssen, fünfzig Zuchtstuten an Polen abzugeben.

In diesem Jahre wurde durch die Im- und Export GmbH. Hannover über den Verband der Züchter des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung eine 8jährige ostpreußische Rappstute „Barbarina" (Besitzer Langfeld-Krös in Holstein) nach Venezuela verkauft. Zu weiteren Verkäufen konnte der Verband sich damals im Interesse des Aufbaus nicht entschließen, da er die Hoffnung hatte, in Mansbach (Hessen) eine zentrale Zuchtstätte errichten zu können. In den letzten Jahren wurden zehn ostpreußische Stuten nach Schweden verkauft, wo das ostpreußische Warmblutpferd besonders geschätzt ist.

Es wäre wünschenswert, wenn sich die zuständigen Stellen doch noch in letzter Stunde zu Maßnahmen entschließen könnten, die den Ausverkauf der Reste der ostpreußischen Warmblutzucht verhindern. Und dies umsomehr, als wirklich auf das härteste erprobtes Material nur noch zuchtmäßig von der einst berühmten und größten Pferdezucht Deutschlands übriggeblieben ist, und dieses Blut auf keinen Fall verlorengehen darf.

Herausgeber: Walter Ostermann, Hannover, Am Taubenfelde 1, Tel. 26 138, als Sequester.
Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg-Bahrenfeld, Postfach 20.
„Wir Ostpreußen" erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: 55 Pfg. und 6 Pfg. Zustellgebühr. Einzelverkaufspreis 35 Pfg. Postscheckkonto Hamburg 83—011 C. E. Gutzeit.
Anzeigenverwaltung und -annahme und Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstr. 29/31
Z. Zt. Anzeigenpreisliste 4 gültig.

„Dies Land bleibt deutsch!"

Abstimmungsfeiern in allen Teilen des Bundesgebietes

Ueberall, wo Ost- und Westpreußen sich in Gemeinschaften zusammengeschlossen haben, wurde der dreißigste Gedenktag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen festlich begangen. Es zeigt die Einmütigkeit all dieser großen und kleinen Kundgebungen, daß fast überall die Veranstalter die Inschrift des Allensteiner Abstimmungsdenkmals: „Dies Land bleibt deutsch" zum Leitwort ihrer Gedenkfeier gewählt hatten. Der Raummangel in unserer Zeitschrift zwingt uns, auf ausführliche Darstellungen der einzelnen Veranstaltungen zu verzichten und uns auf einen zusammenfassenden Bericht zu beschränken.

Der Bedeutung des Tages entsprechend, zogen unsere Landsleute allerorten die besten Kräfte aus ihren Reihen heran, um den Feierstunden den würdigsten Rahmen zu geben. Das Adagio des Violinkonzertes von Max Bruch eröffnete die Gedenkstunde in Northeim, eine Flötensonate Bachs die in Wunstorf. Eine Thelemann-Ouvertüre gab den Auftakt in Eschwege, und in Salzgitter, wo Mozartchor und Streichorchester sich einsetzten, erklang Joseph Haydns Kaiserquartett mit den Motiven des Deutschlandliedes. Eine schwarzweiße Fahne der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen aus dem Jahre 1919 schmückte die Bühne im Landesgewerbemuseum in Stuttgart. Große Landkarten des umstrittenen deutschen Gebietes demonstrierten in vielen Orten wie in Eutin und Ascheberg die Bedeutung der Volksabstimmung. Fast überall setzten sich eigene Ostpreußenchöre zur Ausschmückung der Feierstunden ein, Sprechchöre brachten eigens für den Tag verfaßte Gedichte zu Gehör wie in Wunstorf, und unter den rezitierten Dichtungen kam besonders der von uns veröffentlichte „Jahrestag" von Agnes Miegel zur Geltung, so in Bad Harzburg und in der Feierstunde des Kreises Grafschaft Hoya.

Ueberall führten die Sprecher ihren Zuhörern noch einmal das Zustandekommen, den Ablauf und das Ergebnis der Volksabstimmung vor Augen. Vielfach sprachen Männer, die vor dreißig Jahren selbst in der ersten Reihe der Abstimmungskämpfer standen. Großes Verdienst um den Abstimmungssieg komme dem damaligen Oberpräsidenten August Winnig zu, sagte der Sprecher in Goslar. Herr Winnig selbst, schon über achtzig Jahre alt, hatte der Gruppe in Harzburg, die ihn eingeladen hatte, seine herzlichsten Grüße übermittelt. Der Redner in Harzburg legte dar, wie eine zweijährige polnische Propaganda in Paris dazu nötig war, die Staatsmänner der Entente zu einer Volksabstimmung zu bewegen. Die Voraussagen der Polen für eine solche Volksbefragung waren jedoch allzu optimistisch gewesen, sagte der Redner in Stuttgart. Superintendent Michalik berichtete in Otterndorf über den großen Zug der Abstimmungsberechtigten aus Westdeutschland nach der Heimat: 91 000 kamen zur See, mehr als 100 000 auf dem Landweg. Eingehend schilderte der Redner in Buxtehude, wie freiwillig gegründete Heimatvereine der polnischen Propaganda entgegentraten, und Landsmann Hensel in Goslar rief den Jubel der Bevölkerung nach dem Abstimmungssieg in das Gedächtnis der Versammelten zurück.

Sämtliche Redner betonten die brennende Aktualität der Volksabstimmung, ihre Gültigkeit in diesen Tagen und ihren Widerspruch zu den Beschlüssen von Yalta und Potsdam. In einem Protestgang durch ihre Gemeinde demonstrierten die Landsleute in Wilhelmsburg für die Rückgabe der Heimat, und eine Abordnung der Landsmannschaften in Berlin überreichte Bundesminister Kaiser eine Resolution, die unserem Anspruch erneut Ausdruck gibt.

Vielerorts bewiesen die Einheimischen eine rege Anteilnahme. Graf Wilhelm Fink von Finkenstein rief in Niebüll das gleiche Grenzlandschicksal Schleswigs und Ostpreußens an und erinnerte an den Abstimmungssieg 1920 in Südtondern. Der Redner in Burgbernheim zwar sah sich gezwungen, gegen die Teilnahmslosigkeit und die „Mauer des Schweigens" der fränkischen Presse zu Felde zu ziehen.

Oft aber bewiesen die einheimischen Gemeinden durch Anwesenheit ihrer Behördenvertreter, wie Bürgermeister und Bürgervorsteher, ihr Verständnis für Lage und Forderung der Vertriebenen, zum Beispiel in Singen (Baden) und in Preetz, und in Stuttgart hatte sich die Landesregierung durch den Staatskommissar Dr Nowotny und die Stadtverwaltung durch einige Direktoren vertreten lassen.

In vielen Reden kam zum Ausdruck, daß nur die Pflege der Heimatliebe in den Jugendlichen und Kindern unserer landsmannschaftlichen Arbeit ihren Sinn erhalten kann. „Von den Sternen müßt Ihr sie wiederholen, unsere Heimat gemäß ewiger Ordnung" rief der Redner in Otterndorf der jungen Generation zu. Jugend- und Kindergruppen beteiligten sich an der Ausgestaltung der Feierstunden, brachten in Bad Hersfeld in Hessen Lieder und Gedichte zu Gehör und umrahmten in Buxtehude die Reden durch ein selbsteinstudiertes Programm

Es ist nicht möglich, die Vielzahl der Reden auch nur zu skizzieren. Ob sie gehalten wurden auf Großkundgebungen wie in Düsseldorf, Lübeck, Hannover und Oldenburg, oder auf Kreis- und Gemeindeversammlungen, in Celle und Bochum, in Berlin, Bannesdorf, Seht oder Bad Oldeslor: Sie mündeten alle in der Forderung auf Rückgabe unserer Heimat, die, wie der Sprecher in Celle sagte, keine Kriegsparole sei, sondern Voraussetzung zur Vermeidung eines Krieges, der den Bestand der Menschheit gefährden würde.

Volksabstimmungen sind Volksentscheide

Eine bedeutungsvolle Rede von Oberregierungsrat a. D. Meyer

Eine der eindrucksvollsten Feiern zur dreißigjährigen Wiederkehr der Abstimmung in Ost- und Westpreußen fand in Oldenburg i. O. statt, wo sich etwa 10 000 Menschen auf dem Gelände des Pferdemarktes versammelt hatten. In einer eindrucksvollen, oft von starkem Beifall unterbrochenen Rede wies Oberregierungs- und Schulrat a. D. Meyer, seinerzeit Vizepräsident des Memelländischen Landtages, u. a. auch auf die entscheidende Bedeutung hin, die Volksabstimmungen als die Stimme des Volkes überhaupt haben, also auch jetzt in unserer Zeit. Er sagte u. a.:

„Volksabstimmung!" „Abstimmungsfeier!" Wer von uns, die wir aus dem Osten stammen, horcht nicht auf, wenn er das Wort Abstimmung hört. Dieses hat bei uns einen ganz besonderen Klang. Der Begriff Volksabstimmung ist eine Neuerscheinung im internationalen Völkerrecht. In ihm liegt etwas Revolutionierendes. Denn seine allgemeine Anwendung würde einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung menschlicher Beziehungen bedeuten. Ihm liegt eine hohe sittliche Idee zu Grunde, nämlich die, an Stelle der Gewalt das natürliche Recht des Menschen zu setzen, über sich selbst und seine Heimat nach eigenem Willen frei entscheiden zu können. Wo man diesem Selbstbestimmungsrecht stattgegeben hat, hat es sich als segensreich erwiesen. Wo man es verwehrt hat, ist es zu einer Quelle neuer Komplikationen, ja Katastrophen geworden. Wenn wir nun Abstimmungsfeiern halten, so soll deshalb nicht allein an das stolze Abstimmungsergebnis gedacht werden, sondern vor allem auch an den hohen Wert der Idee, die mit dem Begriff Abstimmung verbunden ist. Man sollte überhaupt keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich für diese Idee einzusetzen und sie so lange zu propagieren, bis sie zu einem Allgemeingut aller Menschen und Völker geworden ist. Sie ist auch sehr dazu geeignet, Kräfte auszulösen und in Bewegung zu setzen. So ist auch vor dreißig Jahren in den Abstimmungsgebieten nicht allein eine starke Volksbewegung entstanden, sondern sie war auch zur Sache des ganzen deutschen Volkes geworden. Jene Tage waren Höhepunkte im nationalen Leben aller Deutschen, auf die damals die Augen der ganzen Welt gerichtet waren. Wenn wir jetzt Abstimmungsfeiern halten, so geht das nicht allein die Ost- und Westpreußen und die Schlesier und alle Vertriebenen, sondern das ganze deutsche Volk an, und es soll darüber hinaus auch die ganze Welt auf diesen verheißungsvollen Faktor im Völkerleben aufmerksam gemacht werden. Kurz, es soll diese Veranstaltung nicht allein eine Erinnerungsfeier, sondern auch eine Kundgebung für die Abstimmung sein.

Volksabstimmungen sind Volksentscheide, und man soll von diesen immer mehr Gebrauch machen, vor allem da, wo die Regierenden nicht mehr miteinander fertig werden können und weder aus noch ein wissen. Ich bin davon überzeugt, daß, wenn man den Völkern im Osten und Westen nur überließe, über die Ost-West-Politik zu entscheiden, das noch die einzige sicherste Chance wäre, aus der verfahrenen Situation auf friedlichem Wege herauszukommen. Dabei würde sich nämlich herausstellen, daß der Wille des Volkes durchaus nicht überall mit dem der Gewalthaber übereinstimmt, daß diese nicht für das Volk und mit dem Volke, sondern gegen das Volk regieren. Es bedarf wohl keines Beweises, daß die Masse der Völker nicht für den Krieg, sondern gegen den Krieg und für den Frieden ist. Wer also die Stimme des Volkes unterdrückt, der unterdrückt die Stimme für den Frieden. Diese Kundgebung für die Abstimmung soll deshalb zugleich eine solche für den Frieden sein! Friedenskundgebungen, Friedenskongresse und Friedensdemonstrationen werden bekanntlich von gewisser Stelle überall in der Welt anbefohlen. Aber solange diese Friedenskundgebungen sich nicht dafür einsetzen, daß überall freie, unabhängige, demokratische Wahlen und Volksabstimmungen stattfinden, sind diese Friedenskundgebungen keine Friedenskundgebungen, sondern ein Betrug, der nur dazu dient, die wahren Absichten der Machthaber zu verschleiern."

Polnische Annexionsgelüste

Wilhelm Pieck und seine Gesinnungsgenossen einst und jetzt

Auf der Abstimmungsgedenkfeier der Landsmannschaft Ostpreußen in Malente rief der Vorsitzende in seiner Begrüßungsansprache Aeußerungen unserer heutigen Gegner in der Sowjetzone aus der Zeit der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen in unser Gedächtnis zurück, die beweisen, wie wenig man in Berlin von der Rechtmäßigkeit und Abtretung unserer Heimat wirklich überzeugt ist.

Als damals das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, äußerten der damalige Kommunistenführer Pieck und der Spartakistenführer Eberlein in ihrer Presse: „Das ost- und westpreußische Proletariat verspürt nicht die geringste Sehnsucht, unter das Joch der polnischen Kapitalisten zu kriechen." Kein anderer als der sowjetische Publizist Karl Radek, seinerzeit Deutschlandspezialist in Moskau, schrieb in der „Iswestija": „Die Annexionsgelüste der polnischen Imperialisten auf Ost- und Westpreußen sind durch nichts gerechtfertigt, es sei denn durch den maßlosen Appetit der gefräßigen Raubfische." Der sowjetische Außenminister selbst kommentierte den Abstimmungssieg mit den Worten: „Dieses Abstimmungsresultat hätte ich ihnen voraussagen können, denn es wäre in Weißrußland oder sonstwo in der Sowjetunion nicht anders ausgefallen." Tschitscherin, der Vertrauensmann Lenins, erkannte die historische Tatsache des Abstimmungsergebnisses an, die ja darin bestand, daß Ostpreußen nach dem einmütigen Willen seiner Einwohner ein deutsches Land ist. Auch Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Genossen waren vor dreißig Jahren der gleichen Meinung. Sie haben ihre Ueberzeugung von damals bestimmt noch nicht vergessen, doch sie geben sich heute alle Mühe, sich nicht mehr zu erinnern. Und sie verraten das Land, von dem sie wissen, daß es deutsch ist

Um die Frage der Ruhegehälter

Der Gesetzantrag der Bundesregierung — Heimatvertriebene wiederum unter Sondergesetz

Die Bundesregierung hat nach längerer Vorbereitung einen Gesetzantrag über die Regelung der Zahlungen der von § 131 betroffenen Personen nunmehr in endgültiger Form ausgearbeitet. Dieser Gesetzantrag soll schon in der nächsten Zeit dem Bundestag zugehen und nach Schluß der Parlamentsferien dem Bundestag vorgelegt werden.

Es handelt sich also wohlgemerkt nicht schon um ein verabschiedetes Gesetz, sondern um eine V o r l a g e zu einem solchen. Wenn auch im Bundestag selbst noch heftige Auseinandersetzungen um diesen Gesetzantrag entbrennen werden und mehr oder weniger weitreichende Aenderungen mit Sicherheit zu erwarten sind, so darf auf der anderen Seite doch nicht vergessen werden, daß ein von der Regierung ausgearbeiteter Gesetzantrag von nachhaltiger Wirkung auf die endgültige Gestaltung des kommenden Gesetzes sein muß.

Eines sei gleich vorweggenommen. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf ist auf die schärfste Opposition der Vertriebenen-Organisationen gestoßen, mag es sich um den ZvD oder den VERBAOST handeln. Der Einspruch beider Organisationen ist bereits erfolgt. Abgesehen von der Kritik an einzelnen Bestimmungen des Gesetzantrags wird von Seiten der Vertriebenen besonders darauf hingewiesen, daß der ausgearbeitete Gesetzantrag dem am 2. Dezember 1949 angenommenen Antrag des Bundestages grundsätzlich nicht entspricht, in welchem bekanntlich seinerzeit die Gleichstellung der heimatvertriebenen mit allen übrigen Beamten gefordert wurde.

Der nunmehr von der Bundesregierung verabschiedete Gesetzentwurf hat eine lange und wechselvolle Geschichte hinter sich. Ausgearbeitet wurde er von einem interministeriellen Ausschuß, wobei das Innenministerium federführend war. Entgegen dem ursprünglichen Willen des Bundestags ist im vorliegenden Gesetzentwurf, wie oben hervorgehoben, nicht nur der Versuch gemacht worden, die Frage der heimatvertriebenen Beamten allein zu lösen, sondern dieser Gesetzantrag bezieht sich auch auf die ruhegehaltsberechtigten Angehörigen der Wehrmacht im weitesten Sinn dieses Wortes.

An der Wiege des nunmehr veröffentlichten Gesetzantrags hat nicht das Recht, sondern der Fiskus im engsten Sinn dieses Wortes gestanden. Bestimmt worden sind die wichtigsten Vorschläge dieses Gesetzes nicht von Ueberlegungen, wie man zu einer selbstverständlichen Gleichstellung der heimatvertriebenen mit den anderen Beamten kommen könnte, sondern von der Rücksicht auf den schwindsüchtigen Beutel, in dem die Einnahmen des Bundes gesammelt werden. Man hat sich hierbei nicht an den Grundsatz „Gleiches Recht für alle", ein Grundsatz, der ebenfalls die gleichen Pflichten für alle in sich schließt, sondern man ist nach wie vor dabei geblieben, die heimatvertriebenen Beamten als Menschen zweiter Klasse einzustufen und ihnen eine „Sonderbehandlung" zuteil werden zu lassen.

Nicht im Umstand, daß die Ruhegehälter nicht voll ausgezahlt werden sollen, ist der Grund zu sehen, warum von Seiten der Heimatvertriebenen so heftig gegen diesen Gesetzantrag Einspruch erhoben wird, sondern dieses geschieht wegen der Tatsache, daß die Heimatvertriebenen wiederum unter ein Sondergesetz gestellt werden.

Der Gesetzantrag selbst schränkt den in Frage kommenden Personenkreis auf etwa 260 000 Menschen ein.

Im Einzelnen sieht der Antrag folgendes vor:

1. Versorgungsberechtigt sind ostvertriebene Beamte und Angestellte nur dann, wenn sie eine zehnjährige Dienstzeit im öffentlichen Dienst entsprechend altem deutschem Beamtenrecht nachweisen können. Durch das Beamtenrecht von 1937 war diese zehnjährige Anwartschaft annuliert worden. Es wird jetzt der alte Zustand wieder hergestellt.

2. Von den Beförderungen für Beamte und Wehrmachtsbeamte werden für den Zeitraum von 1933 bis 1945 nur zwei Beförderungen anerkannt und versorgungsmäßig berücksichtigt.

3. Bei der Versorgung der Wehrmachtsbeamten ist das Eintrittsdatum der Versorgungsberechtigten auf das Jahr 1935 festgesetzt worden, dann folgen für Beamte und Berufsoffiziere zehnjährige Dienstzeit und für Berufsunteroffiziere achtzehnjährige Dienstzeit als Voraussetzung für die Versorgung.

4. Die Versorgungsempfänger, die über 65 Jahre alt sind, erhalten keine volle Pension, sondern durchschnittlich 74 Prozent, und zwar so gestaffelt, daß beim Anspruch von 100 DM monatlich die volle Summe gewährt wird, bei 100 bis 200 DM zwei Drittel der Summe und über 200 DM nur 50 v. H.

5. Es wird kein voller „Wartestand" gewährt. Das Wartestandsalter wird jetzt auf das 50. Lebensjahr festgesetzt. Personen, die unter 50 Jahre alt sind, müssen bis zum 50. Lebensjahr warten, ehe sie in der Regel 52 % des üblichen Wartestandsgeldes erhalten. Bis zu 100 DM Wartestandsgeld wird voll gezahlt, die darüber hinausgehenden Summen werden mit 25 % befriedigt.

Weiter ist in dem Gesetzantrag vorgesehen, daß sämtliche Behörden 20 % ihrer Dienststellen und zugleich ihrer Ausgaben für ostvertriebene Beamte und Angestellte freimachen müssen. Können sie die notwendige Zahl von ostvertriebenen Beamten und Angestellten nicht einstellen, so müssen sie einen Ausgleichsbetrag zahlen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß von sämtlichen Gehältern und Pensionen im Bundesgebiet eine Steuer von 3 % erhoben werden wird, um damit eine notwendige Einnahmequelle zur Bestreitung der aus dem neuen Gesetz erwachsenen Verpflichtungen des Bundes zu erschließen.

Der „Grußbesteller" Szameitat verurteilt

Neunzehn Flüchtlingsfamilien betrogen / Er erhielt dreieinhalb Jahre Gefängnis

In Folge 4 unseres Heimatblattes vom 20. Februar d. J. und in anderen Nummern berichteten wir von dem gemeinen Treiben eines falschen „Grußbestellers" Erich Szameitat; er wurde kurz darauf in Frankfurt verhaftet. Jetzt stand er, ein 46jähriger ehemaliger Schmiedemeister, dort vor Gericht

Schon in jungen Jahren war er wegen Eigentumsdelikten straffällig geworden. Leichtsinn und verbrecherische Neigungen trieben ihn auch später immer wieder in das Dickicht der Gesetze. Im Laufe eines Jahrzehnts erhielt er elf Vorstrafen, und 1933 ging er fünf Jahre ins Zuchthaus. Nach Kriegsbeginn hob man jedoch die gegen ihn verhängte Sicherungsverwahrung auf. Er arbeitete dann in einem Berliner Rüstungswerk.

Wie sich der Angeklagte nach dem Zusammenbruch durchs Leben schlug, ist nicht zu überprüfen. Er behauptet, in der Nähe von Königsberg in Ostpreußen auf einer Kolchose gearbeitet zu haben. Im Frühjahr 1948 fuhr er nach Berlin und anschließend nach Bayern. Dort hielt er es nicht lange an seinen Arbeitsplätzen aus. Er begann bald wieder mit Betrügereien, indem er Bekannten und Verwandten versprach, billige Lebensmittel besorgen zu wollen und sich Geld dafür geben ließ aber keine Ware lieferte.

Im Herbst vorigen Jahres fing Szameitat an, sein Wissen um die Verhältnisse im deutschen Osten „auszuwerten". In Frankfurt und in einer ganzen Reihe anderer Städte besuchte er Flüchtlingsfamilien aus Ostpreußen. Er bestellte Grüße und vermittelte Nachrichten von ihren seit Jahren vermißt gemeldeten Angehörigen. Nach seinen Angaben hatte er mit ihnen in russischen Lagern Fühlung genommen. Es waren vor allem Frauen, die — glücklich über ein Lebenszeichen — Szameitat beköstigten und ihm Geldgeschenke übergaben. In einem Falle bekam er auch Kleidungsstücke, die er einem Lagerhäftling überbringen lassen wollte Ueberall verstand es Szameitat, seine Angaben glaubhaft zu machen. Auch eine Frau in Tübingen, die eine eidesstattliche Erklärung besaß, nach der ihr Mann 1945 in Ostpreußen gestorben war, schöpfte neue Hoffnung, als ihr der Angeklagte erklärte, ihr Mann befinde sich in einem russischen Schweigelager.

In nicht weniger als neunzehn Flüchtlingsfamilien hatte Szameitat durch seine Berichte Erwartungen genährt, die sich nicht erfüllten. Eines Tages erfuhr man, daß man einem Schwindler zum Opfer gefallen war. Die Zeitschrift der Landsmannschaft warnte vor ihm. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die Gerichtsverhandlung erbrachten den Beweis, daß der Angeklagte in sechzehn Fällen Suchanzeigen aus der Zeitschrift abgeschrieben hatte und für seine Betrügereien benutzte. Die Beweiskette gegen ihn schloß sich durch die Tatsache, daß er sogar ein versehentlich falsch gedrucktes Geburtsdatum bei seinen Angaben gebrauchte.

Staatsanwalt Dr. Halama erklärte, der Angeklagte sei unter der Maske des Biedermannes zu den Flüchtlingsfamilien gegangen und habe in schamloser Weise Unruhe in sie hineingetragen. Die Strafe müsse seinem Vorleben und der Schwere der Taten angemessen sein. Das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Boersch entsprach dem Antrag des Staatsanwalts und verurteilte Erich Szameitat für seine fortgesetzten Betrügereien zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

Ein Turmarchiv des Kreises I NO der DT entsteht

Der KMTV 1844, Kiel, hat im Jahre 1947 für den heimatvertriebenen KMTV 1842 Königsberg-Pr. die Einrichtung eines Archivs übernommen, in dem Schrift- und Bildurkunden sowie sonstige Erinnerungsstücke aus dem mehr als hundertjährigen Leben des KMTV 1842 gesammelt werden. Die guten Erfolge hierbei haben den trotz seiner 70 Jahre noch unermüdlich schaffenden letzten Kreisvertreter I. Turnfreund Babbel, veranlaßt, den Aufbau eines alle Turnererinnerungen aus Ost- und Westpreußen umfassenden Archivs zu betreiben. Als sein Beauftragter sammelt Wilhelm Alm in Oldenburg (Oldbg.), Bloherfelder Str. 20, was die einzelnen Turner und Turnerinnen oder deren Hinterbliebene aus der turnerischen Vergangenheit der Heimat gerettet haben und evtl. auch nur leihweise zur Verfügung stellen wollen. In Frage kommen u. a. Satzungen, Vereinszeitungen, Festschriften, Festprogramme, Statistiken, Siegerlisten, Siegerurkunden, Protokollbücher, Stiftungsurkunden, Vereins- und Festabzeichen, Bilder, Ehrenurkunden, Zeitungsausschnitte usw. Für eine Turngeschichte des deutschen Ostens sollen zugleich festgehalten werden die wichtigsten Daten über die einzelnen Vereine in Ost- und Westpreußen, die Turnbezirke, Turngaue usw., Gründungstag, Mitgliederzahl, ihre Turnhallen und Turnplätze, ihr Grundvermögen sowie die Namen der Vorsitzenden, Turnwarte und sonstigen besonders in Erscheinung getretenen Mitglieder mit kurzer Würdigung ihrer Verdienste.